

Staatssekretariat für Bildung,  
Forschung und Innovation (SBFI)  
[vernehmlassung.hbb@sbfi.admin.ch](mailto:vernehmlassung.hbb@sbfi.admin.ch)

Zürich, 3. März 2017

**Vernehmlassung der Totalrevision der Verordnung des WBF über Mindestvorschriften  
für die Anerkennung von Bildungsgängen und Nachdiplomstudien der höheren  
Fachschulen  
(MiVo-HF; SR 412.101.61)**

Hanna Rychener Kistler  
Präsidentin

[hrychener@ist-edu.ch](mailto:hrychener@ist-edu.ch)  
M +41 (0)44 446 40 70

Sehr geehrte Damen und Herren

Die Interessengemeinschaft Teilkonferenz der Höheren Fachschulen für Tourismus, Hotellerie, Gastronomie und Facility Management vertritt 10 Mitgliedschulen mit Stimmrecht und 5 Verbände mit Einsitz ohne Stimmrecht. Sie bezweckt die Wahrung und Förderung der gemeinsamen Interessen der Mitgliedschulen gegenüber Behörden, Verbänden und der Öffentlichkeit, insbesondere die nationale und internationale Positionierung der Abschlüsse.

Die Teilkonferenz der Höheren Fachschulen für Tourismus, Hotellerie, Gastronomie und Facility Management hat sich intensiv mit der Totalrevision der MiVo-HF auseinandergesetzt und will durch diese Vernehmlassung, dass zusätzlich wichtige Punkte zur Stärkung der Höheren Fachschulen in den Entwurf aufgenommen werden:

**Schutz des Begriffs «Höhere Fachschule»**

Analog des Bundesgesetzes über die Förderung der Hochschulen und die Koordination im schweizerischen Hochschulbereich (Hochschulförderungs- und -koordinationsgesetz HFKG) vom 30.09.2011, Art. 62 Bezeichnungs- und Titelschutz, wünschen wir den Begriffsschutz für «Höhere Fachschulen» und daher die Ergänzung des Entwurfs um einen neuen Artikel:

*Ein Bildungsanbieter kann sich Höhere Fachschule nennen, wenn er mindestens einen anerkannten Bildungsgang führt.*

Analog des Hochschulförderungs- und -koordinationsgesetzes HFKG vom 30.09.2011, Art. 63 Strafbestimmungen, wünschen wir die Bestrafung bei Zuwiderhandlung und daher die Ergänzung des Entwurfs um einen neuen Artikel:

*Eine Zuwiderhandlung wird geahndet.*

**Anerkennung als «Höhere Fachschule»**

Es ist uns für eine stärkere Positionierung wichtig, dass zusätzlich zum Anerkennungsverfahren der Bildungsgänge die Höheren Fachschulen als Institution eidgenössisch anerkannt werden. Die Höheren Fachschulen verloren während der Entwicklung des neuen Berufsbildungsgesetzes ihre eidgenössische Anerkennung. Dieser

Systemwechsel zur Bildungsganganerkennung erweist sich heute als Nachteil für die Positionierung der Höheren Fachschulen.

So erfolgt im Besonderen die internationale Anerkennung und Wahrnehmung über die eigentliche Anerkennung der Schule und nicht über die Bildungsganganerkennung. Die Hochschulen verfügen in dieser Beziehung über einen klaren Vorteil.

Die Anerkennung des Bildungsanbieters soll als Option erfolgen. Eine Höhere Fachschule soll ein Anerkennungsverfahren als Bildungsanbieter beantragen können, wenn sie eine eigene Rechtspersönlichkeit ist und mindestens einen anerkannten Bildungsgang anbietet. Höhere Fachschulen als anerkannte Bildungsanbieter können für jeden weiteren Bildungsgang HF dadurch ein vereinfachtes Anerkennungsverfahren durchlaufen. Dies führt zu einem Minderaufwand für den Bund, die Experten der Organisationen der Arbeitswelt und die Bildungsanbieter – ohne Qualitätsverlust. Durch den Minderaufwand für die Bildungsanbieter können diese auch schneller auf Veränderungen in der Arbeitswelt reagieren und dadurch die Arbeitsmarktorientierung ihrer Absolventen und Absolventinnen besser garantieren.

Die Teilkonferenz der Höheren Fachschulen für Tourismus, Hotellerie, Gastronomie und Facility Management schlägt daher vor, den Entwurf um folgenden Artikel zu erweitern:

*Ein Bildungsanbieter kann sich als Höhere Fachschule anerkennen lassen, wenn er mindestens einen anerkannten Bildungsgang führt.*

#### **Unterzeichnung des Diploms durch den Bund**

Die Höheren Fachschulen bieten als einzige Bildungsanbieter anerkannte berufsbildnerische Abschlüsse an, die nicht zu einem eidgenössischen Diplom und eidgenössischen Titel führen. Der Bildungsabschluss kann somit nicht unmittelbar der schweizerischen Berufsbildung zugeordnet werden. Zusätzlich verwirrt den Betrachter die Situation, dass die Bildungsanbieter ihren Absolventen und Absolventinnen neu einen Diplomzusatz abgeben, der das eidgenössische Wappenlogo trägt. Bewirbt sich ein Absolvent, eine Absolventin mit dem Diplom und dem Diplomzusatz um eine Arbeitsstelle, so ist es für die Arbeitgeber – im Besonderen im Ausland oder bei internationalen Firmen in der Schweiz – unverständlich, verwirrend und gar abschreckend, wenn sie zwei verschiedene Logos der Schweiz auf den Dokumenten erkennen.

Wir wünschen uns daher, dass auf dem Diplom HF das Logo des Bildungsanbieters und das eidgenössische Wappenlogo sowie die Unterschriften des Bildungsanbieters und des SBFI abgebildet sind. Dadurch erst wird die eidgenössische Anerkennung des Bildungsganges visuell ersichtlich und nähert sich so an die Gestaltung der Berufsatteste, Fähigkeitszeugnisse, Fachausweise und Diplome der Höheren Fachprüfungen, die in der Arbeitswelt und somit bei Personalverantwortlichen bestens bekannt sind.

Das eidgenössische Logo ist eine Qualitätsauszeichnung und ein einheitlicher Auftritt der gesamten Höheren Berufsbildung eine Stärkung für die Höheren Fachschulen.

Die Teilkonferenz der Höheren Fachschulen für Tourismus, Hotellerie, Gastronomie und Facility Management wünscht daher im Entwurf folgende Ergänzungen und Präzisierungen:

*Ergänzung von Artikel 6 um den Absatz 1 neu im Sinne von: der Bund zeichnet das Schuldiplom mit.*

*Präzisierung von Artikel 6 mit: «Im Diplom werden der Bildungsgang und der entsprechende Titel mit «eidg. dipl.» und der Ergänzung «HF» gemäss Anhang 1 aufgeführt.»*

### **Beibehaltung der Bereiche und englische Fassung**

Die acht Bereiche der heutigen MiVo, denen die einzelnen Rahmenlehrpläne zugeordnet sind, strukturieren die rund 57 Fachrichtungen. Somit können sich Interessierte gut zurechtfinden, und die Organisationen der Arbeitswelt und die Bildungsanbieter können sich in diesen Bereichen organisieren und austauschen. Auch die Hochschulen verfügen analog über solche Gliederungen wie z.B. Bachelor/Master of Law.

Wir begrüssen daher die Gliederung der Anhänge in Bildungsgänge HF und NDS HF, wünschen uns allerdings die Abbildung der Bereiche innerhalb dieser Anhänge, um die Titel besser in einem Gesamtzusammenhang darzustellen und somit dem besseren Verständnis Rechnung zu tragen.

Für die Übersichtlichkeit und Lesbarkeit der MiVo wünschen wir das Vorliegen der MiVo-HF in den drei Amtssprachen und das Führen der Anhänge in der jeweiligen Amtssprache, in welcher die MiVo verfasst ist. Analog zum BBG, zur Berufsbildungsverordnung, zum HFKG und zu den Akkreditierungsrichtlinien HFKG ist es für uns zwingend, dass die MiVo-HF auch in einer englischen Fassung vorliegt, um den internationalen Austausch und die internationale Positionierung zu fördern und zu stärken.

Die Teilkonferenz der Höheren Fachschulen für Tourismus, Hotellerie, Gastronomie und Facility Management schlägt daher die Beibehaltung der Bereiche, die Fassung der MiVo in den drei Amtssprachen und Englisch sowie die Ergänzung des Entwurfs um einen neuen Artikel vor

*Die Rahmenlehrpläne werden in Fachbereiche zusammengefasst (Auflistung der Bereiche).*

*Die Anhänge 1 und 2 werden entsprechend gegliedert.*

### **Gleichwertigkeit von Organisationen der Arbeitswelt und Bildungsanbietern**

Die enge Zusammenarbeit der Träger von Rahmenlehrplänen ermöglicht, dass kompetenzorientierte Rahmenlehrpläne eine optimale Arbeitsmarktfähigkeit der Absolventen und Absolventinnen von Höheren Fachschulen garantieren. Dieses Gleichgewicht von Organisationen der Arbeitswelt und von Bildungsanbietern soll fortgeführt werden.

Wir stimmen daher zu, dass die gemeinsame verbundpartnerschaftliche Trägerschaft besser betont wird und schlagen daher vor, dass die Formulierung von Artikel 8 Absatz 1 im Entwurf angepasst wird:

*Die Rahmenlehrpläne werden von den Bildungsanbietern und den Organisationen der Arbeitswelt gemeinsam entwickelt und erlassen.*

### **Weitere Anliegen zu den Artikeln des Entwurfes der MiVo**

#### **Artikel 1 Ausbildungsziele**

In Absatz 3 bevorzugen wir den Begriff «generalistische Kompetenzen» gegenüber dem Begriff «Allgemeinbildung», welcher auf anderen Bildungsstufen bereits verwendet wird und dort auch jeweils andere Inhalte und Kompetenzen umfasst.

## **Artikel 2 Grundlagen**

Wir schlagen vor im Absatz 2 die Formulierung «eidgenössische Fähigkeitszeugnisse» durch «Sekundarstufe II» zu ersetzen. Dies im Hinblick auf eine stärkere Durchlässigkeit und die Tatsache dass unsere Mitgliedschulen zum Teil bis zu 50% Studierende mit einer gymnasialen Maturität ausbilden.

## **Artikel 3 Umfang und Angebotsformen**

Absatz 1: Wir würden die Übernahme der Formulierungen aus dem BBG Artikel 29, Absatz 2, wo vollzeitliche und berufsbegleitende Bildungsgänge erwähnt sind, begrüßen. Wir würden sehr stark begrüßen, wenn die Unterscheidung in den Umfängen zwischen Bildungsgängen für Studierende mit einschlägigen eidgenössischen Fähigkeitszeugnissen mit 3600 Lernstunden und Bildungsgängen für Studierende mit anderem Abschluss auf Sekundarstufe II mit 5400 Lernstunden explizit aufgeführt wird. Dies findet zurzeit auch Anwendung in der Interkantonalen Vereinbarung über die Beiträge an die Bildungsgänge der Höheren Fachschulen (HFSV). Mit dem Weglassen des 5'400 Lernstunden Modells würde ein Schnittstellenproblem geschaffen.

Absatz 2: Wir bevorzugen die Definition in den heutigen MiVos unter Artikel 4, Absatz 3, da die Rahmenlehrpläne auf den Modellen 720 bzw. 1080 Lernstunden Berufstätigkeit basieren und der Spielraum für verschiedene Arbeitsmodelle heute bereits besteht.

## **Artikel 5 Qualifikationsverfahren**

Absatz 3: Wir befürworten den Einbezug der Organisationen der Arbeitswelt in die abschliessenden Qualifikationsverfahren, bevorzugen aus Gründen der Praxisnähe allerdings die Formulierung

*In den abschliessenden Qualifikationsverfahren wirken Experten/Expertinnen aus der Arbeitswelt mit.*

## **Artikel 6 Diplom und Titel**

Im Sinne der besseren internationalen Positionierung und des vereinfachten Zuganges zum internationalen Arbeitsmarkt unserer Absolventen und Absolventinnen wünschen wir den zusätzlichen Absatz:

*Die Titel können ins Englische übersetzt werden.*

Dies sieht die Berufsbildungsverordnung im Artikel 38 für die berufliche Grundbildung vor und fehlt somit für die Höheren Fachschulen.

## **Artikel 8 Erlass**

Wie bereits festgehalten, wünschen wir uns unter Absatz 1 eine neue Formulierung:

*Die Bildungsanbieter und die Organisationen der Arbeitswelt bilden zusammen die Trägerschaft eines Rahmenlehrplanes.*

Der Begriff «Trägerschaft» muss festgelegt werden, da dieser in den folgenden Artikeln 10 und 11 verwendet wird.

## **Artikel 10 Voraussetzung für die Genehmigung**

Wir schlagen folgende Streichung vor: Artikel 10 alinea b.

Der «ausgewiesene Bedarf» lässt sich nicht immer abschätzen und die Trägerschaft kann am besten entscheiden, welche Bedürfnisse in der Arbeitswelt gefragt sind.

Wir schlagen zudem folgende Streichung vor: Artikel 10 alinea c.

Das Risiko, dass der Begriff «bildungspolitischer Konflikt» falsch interpretiert wird und zu Missverständnissen führt, ist unseres Erachtens sehr gross. Vielmehr sind die Trägerschaften gefordert zu überprüfen, ob analoge oder ähnliche Ausbildungsangebote nicht bereits existieren.

#### **Artikel 14 Bildungsplan und Studienreglement**

Im Sinne der Vereinfachung von Prozessen begrüssen wir einen zusätzlichen Absatz der festhält, dass eine Bildungsanbieterin mit Bildungsgängen in mehreren Kantonen den Bildungsplan sowie das Studienreglement nur dem Kanton des Hauptsitzes zur Einsicht vorlegen muss und in den weiteren Kantonen diese nur noch zur Kenntnis beilegt.

#### **Artikel 17 Gesuch um Anerkennung von Nachdiplomstudien**

Absatz 2: Analog zum Artikel 10 beantragen wir die Streichung von Artikel 17, Absatz 2, alinea a und Artikel 17, Absatz 2, alinea b.

Die Präzisierung in Absatz 2, alinea e «am geplanten Standort» erachten wir als zu einschränkend.

#### **Artikel 19 Anerkennungsverfahren**

Wir wünschen, dass das vereinfachte Anerkennungsverfahren in den MiVoS aufgeführt werden und schlagen folgende Ergänzungen vor:

*Einen Absatz zu vereinfachtem Anerkennungsverfahren für Anbieter mit zusätzlichem Standort.*

*Einen Absatz zu vereinfachtem Anerkennungsverfahren bei wesentlichen Änderungen des Bildungsgangs.*

*Einen Absatz zu vereinfachtem Anerkennungsverfahren nach einer Änderung im Rahmenlehrplan.*

*Einen Absatz für die Aus- und Weiterbildung der Expertinnen und Experten des Anerkennungsverfahrens.*

#### **Artikel 21 Überprüfung und Befristung der Anerkennung**

Wir unterstützen die zeitliche Beschränkung der Anerkennung von Bildungsgängen HF und NDS HF, sind allerdings der Meinung, dass das vorgeschlagene System zu aufwändig ist. Die starre Überprüfung der Rahmenlehrpläne alle sieben Jahre lehnen wir ab und verweisen nochmals auf unsere Ergänzungsvorschläge unter Artikel 19.

Die von uns vorgeschlagene fakultative Anerkennung der Höheren Fachschulen wiederum können wir uns im Turnus von sieben Jahren gut vorstellen. Ohne die Möglichkeit der Anerkennung des Bildungsanbieters bevorzugen wir die heutige Formulierung für die Überprüfung der Rahmenlehrpläne: «Sie werden periodisch überprüft.»

#### **Abschliessende Stellungnahme/Fazit**

Für die Totalrevision der MiVo-HF hat sich das SBFI folgende vier Ziele gesetzt:

- Rollen und Zuständigkeiten der Akteure klären
- Arbeitsmarktorientierung erhöhen und die Rolle der OdAs stärken
- Qualität sicherstellen und weiterentwickeln
- Prozesse vereinfachen

Durch den vorliegenden Entwurf sind diese Ziele nicht erreicht und führen nach unseren Einschätzungen zu einer Schwächung des Profils für Höhere Fachschulen. Dies vor allem durch die eingangs erwähnten fehlenden Instrumente:

**Schutz des Begriffs «Höhere Fachschule»**

**Anerkennung als «Höhere Fachschule»**

**Unterzeichnung des Diploms durch den Bund**

**Beibehaltung der Bereiche und englische Fassung**

**Gleichwertigkeit von Organisationen der Arbeitswelt und Bildungsanbietern**

Der Umstand, dass die Höheren Fachschulen im Berufsbildungsgesetz definiert sind und dadurch in der Gesetzgebung vom Prüfungssystem separiert sind, schwächt im Gesamten die Stellung der Höheren Fachschulen. Ein Gesetz für die Höhere Berufsbildung würde der Höheren Berufsbildung und den Höheren Fachschulen den angemessenen Stellenwert geben.

Wir danken Ihnen für die Gelegenheit zur Stellungnahme und hoffen auf eine wohlwollende Aufnahme unserer Anliegen in die Revision der MiVo-HF.

Mit freundlichen Grüßen

Ecole Hôtelière Genève, Genf

---



Höhere Fachschule für Betriebsleitung in  
Facility Management, BFF, Bern

---

Höhere Fachschule für Tourismus, Luzern

---



Höhere Fachschule für Tourismus,  
Academia Engiadina, Samedan

---



Höhere Fachschule für Tourismus,  
IST, Zürich/Lausanne

---



Hotelfachschule Belvoirpark, Zürich

---



Hotelfachschule Thun, Thun

---



Schweizerische Hotelfachschule Luzern, Luzern

---

Scuola superiore alberghiera e del turismo SSAT,  
Bellinzona

---



Swiss School of Tourism and Hospitality SSTH,  
Passugg

---

